

Tätigkeitsbericht 2014

der *Gemeinsamen Kontrollinstanz* von Eurojust





GEMEINSAME KONTROLLINSTANZ VON EUROJUST
SEKRETARIAT: POSTFACH 16183 - 2500 BD DEN HAAG - NIEDERLANDE
TEL +31 70 412 5512 - FAX +31 70 412 5515 - E-MAIL: jsb@eurojust.europa.eu
www.eurojust.europa.eu/jsb.htm

Inhalt

Vorwort	3
1. Einführung	4
2. Budget und Kosten	4
3. Sitzungen und Wahlen	4
4. Zukünftige Entwicklungen.....	5
Zweite Stellungnahme zur Datenschutzregelung im Vorschlag zur Eurojust-Verordnung	6
5. Aufsichtstätigkeiten.....	6
5.1. Nachbereitung der Inspektion von 2013.....	6
5.2. Nachbereitung der Inspektion der HR-Abteilung von 2012	7
6. Zusammenarbeit mit der Datenschutzbeauftragten von Eurojust	8
7. IKT-Projekte	8
8. Abkommen zwischen Eurojust und Drittstaaten/Organisationen.....	9
8.1. Stellungnahme zum Abkommen zwischen EBDD und Eurojust	9
8.2. Stellungnahme zum Abkommen zwischen Eurojust und FRA	9
9. Rechte des Betroffenen	10
9.1. Fallbezogene Beschwerden.....	10
9.2. Nicht fallbezogene Beschwerden.....	10
10. Stellungnahme der GKI zur Offenlegung der Namen der Auswahlausschussmitglieder	10
11. Zusammenarbeit von Eurojust und Europol auf GKI-Ebene.....	11
11.1. Menschenhandel	11
11.2. Stellungnahme zum Vorschlag einer Richtlinie zu Bitten von Europol um Gegenprüfung von Daten gegen alle im Fallbearbeitungssystem gespeicherten Daten.....	11
12. Konferenzen der Datenschutzbeauftragten.....	11
13. Transparenz.....	11
14. Ausblick in die Zukunft.....	12
Anhang 1: Benannte Personen der Gemeinsamen Kontrollinstanz 2014	13
Anhang 2: Publikationen	14

Vorwort

Es ist mir eine Freude, als Vorsitzender der Gemeinsamen Kontrollinstanz von Eurojust seit dem 21. Juni 2013, als ich den Vorsitz von meinem Kollegen Hans Frennered übernahm, diesen zwölften jährlichen Tätigkeitsbericht vorzustellen.

Die Aufmerksamkeit der Gemeinsamen Kontrollinstanz richtete sich in diesem Jahr schwerpunktmäßig weitgehend auf die Überarbeitung der Eurojust-Verordnung. Die Gemeinsame Kontrollinstanz hat aktiv zu den laufenden Gesprächen beigetragen und dabei die Wichtigkeit der aktuell gültigen Regelung betont, bei der die justizielle Dimension der Arbeit von Eurojust berücksichtigt und eine adäquate Beteiligung von Mitgliedsstaaten sichergestellt wird. Am 1. Dezember 2014 hat die GKI eine zweite Stellungnahme zur Datenschutzregelung im Vorschlag zur Eurojust-Verordnung abgegeben (auf unserer Webseite verfügbar), in der vier Hauptfragen herausgearbeitet wurden, die Einfluss auf Datenschutzaktivitäten sowie sonstige Aktivitäten von Eurojust haben können - Kontrolle, die maßgeschneiderte Datenschutzregelung bei Eurojust, die Ernennung von Datenschutzbeauftragten sowie die Rechte der Betroffenen.

Zusätzlich zu unseren regelmäßigen Sitzungen haben sich die ständigen Mitglieder mit dem Präsidentschaftsteam und dem Kollegium von Eurojust mehrfach getroffen. Diese Sitzungen boten wertvolle Gelegenheiten zum Meinungsaustausch über wichtige aktuelle Fragen und zur Stärkung der Zusammenarbeit zwischen der Gemeinsamen Kontrollinstanz und Eurojust.

Wir haben fortwährend überwacht, wie Eurojust die Empfehlungen des letzten Generalinspektionsberichts von 2013, sowie jene aus der Inspektion der HR-Abteilung von 2012 umgesetzt hat. Eine weitere Inspektion ist für den Anfang des Jahres 2015 geplant.

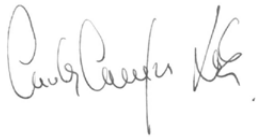
Die Gemeinsame Kontrollinstanz hat ihre Ansichten zu den aktuell verhandelten Vereinbarungsentwürfen von Eurojust mit Drittstaaten und -parteien geäußert und positive Stellungnahmen über die Abkommen zwischen Eurojust und der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte sowie der Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht abgegeben.

Es war mir eine große Freude, mit meinen Kollegen und ständigen Mitgliedern Hans Frennered und Wilbert Tomesen zusammenzuarbeiten, und ich bedanke mich bei ihnen sehr herzlich für ihre Fachkenntnis und ihr Engagement für die Arbeit der GKI. Ich danke auch dem Präsidentschaftsteam, dem Kollegium sowie den Mitarbeitern von Eurojust für ihre Beiträge zu unseren Aktivitäten.

Als Vorsitzender der GKI und jahrelanges ständiges Mitglied ist es mir wichtig, die wunderbare Arbeit der Datenschutzbeauftragten hervorzuheben. Während dieser ganzen Zeit, selbst in schwierigen und mit sehr wichtigen Aufgaben verbundenen Situationen, haben alle Mitglieder des Datenschutzdienstes fantastische Arbeit geleistet, und zwar immer mit Engagement, Effizienz, Bereitschaft und ungebrochener Begeisterung.

Es ist klar, dass die Datenschutzbeauftragte ein sehr starkes, kompetentes und professionelles Team an ihrer Seite hat. Ich danke der Datenschutzbeauftragten, Frau Diana Alonso Blas, ihren Mitarbeitern Frau Vaida Linartaitė-Gridziuškienė, Herrn Xavier Tracol und der Sekretärin der GKI, Frau Fiona Coninx für ihre Unterstützung der Arbeit der GKI.

Mit freundlichen Grüßen,



Carlos Campos Lobo
Vorsitzender
Gemeinsame Kontrollinstanz von Eurojust

1. Einführung

Dieser 12. Tätigkeitsbericht der Gemeinsamen Kontrollinstanz von Eurojust (GKI) hebt die wichtigsten Aktivitäten der GKI im Jahre 2014 hervor.

Die GKI wurde durch den Artikel 23 des Eurojust-Beschlusses¹ als unabhängige Instanz zur Überwachung der Tätigkeiten von Eurojust im Zusammenhang mit der Verarbeitung personenbezogener Daten eingerichtet. Sie soll sicherstellen, dass diese Tätigkeiten entsprechend dem Eurojust-Beschluss ausgeführt werden und die Rechte der betroffenen Personen nicht verletzen.

Eine der Aufgaben der GKI ist die Überprüfung von individuellen Anfragen aus der Öffentlichkeit zur Einsicht möglicher von Eurojust gespeicherter personenbezogener Daten sowie zur Bestätigung, dass diese Informationen in rechtmäßiger und korrekter Weise gehandhabt werden.

Die GKI überwacht außerdem die Zulässigkeit der Datenübermittlung durch Eurojust an Dritte und gibt Stellungnahmen zu den Datenschutzbestimmungen ab, die in den im Verhandlungsstadium befindlichen Vereinbarungsentwürfen zwischen Eurojust und dritten Parteien enthalten sind.

Dieser Bericht legt die zukünftigen Herausforderungen für die GKI dar, insbesondere im Licht des Entwurfs zur Eurojust-Verordnung und der EU-Datenschutzreform, der Gespräche über das zukünftige Kontrollsystem sowie über die Einrichtung einer Europäischen Staatsanwaltschaft.

2. Budget und Kosten

Die GKI erhielt 46.400 Euro aus dem Eurojust-Budget zur Deckung der Verwaltungskosten, worin die Reisekosten der Beauftragten, Sitzungskosten, Teilnahmekosten an europäischen und internationalen Konferenzen für Datenschutzbeauftragte sowie Übersetzungskosten des jährlichen Tätigkeitsberichts (in Französisch, Deutsch, Spanisch und Italienisch) enthalten sind.

3. Sitzungen und Wahlen

Die Sitzungen der Dauermitglieder am Standort von Eurojust fanden am 20. Februar, 25. April, 19. Juni, 20. Juni (Plenarsitzung) und 13. November statt. Während der Plenarsitzung wurden Wahlen für ein Dauermitglied abgehalten, da Hans Frennered (Schweden) sein Mandat von drei Jahren erfüllt hatte. Herr Frennered wurde bei der Plenarsitzung als Dauermitglied wiedergewählt und Herr Campos Lobo übernahm von ihm den Vorsitz für das nächste Jahr.

Zusätzlich zu diesen Sitzungen trafen sich die GKI-Mitglieder mit dem Präsidentschaftsteam von Eurojust am 13. Januar, 24. April und 22. September zum Meinungsaustausch über den Stand der Umsetzung der

¹ 2002/187/Gründung von Eurojust durch die JI-Agenturen zur Verstärkung des Kampfes gegen schwere Kriminalität, OJ L 63 S. 1, 6.3.2003 geändert durch Ratsbeschluss 2009/526/JI vom 16. Dezember 2008 zur Stärkung von Eurojust, OJ L 138 S. 14, 4.6.2009.

Empfehlungen des Inspektionsberichts von 2013 bei Eurojust, über die neuesten Entwicklungen sowie den Entwurf zur Eurojust-Verordnung. Diese Treffen boten für beide Seiten die wertvolle Gelegenheit, einen gemeinsamen Ansatz zur Lösung aktueller Probleme zu finden.

Auf Einladung der Präsidentin nahm die GKI an der Plenarsitzung des Kollegiums am 23. September teil. Zu den Fragen, die dabei zur Sprache kamen, gehörte die Umsetzung der GKI-Empfehlungen im Inspektionsbericht von 2013; die Nutzung des CMS; der aktuelle Stand der Handbuchdateien und des Entwurfs des Verfahrenshandbuchs; der Stand der Umsetzung von Artikel 19 der Datenschutzrichtlinien und das allgemeine Verständnis sowie die Umsetzung des Artikels 19(7) des Eurojust-Ratsbeschlusses.



Hans Frennered, Carlos Campos Lobo (Vorsitzender), Wilbert Tomesen (von links nach rechts)

4. Zukünftige Entwicklungen

Im Verlauf des Jahres 2014 hat die GKI die Entwicklungen im Entwurf zur Eurojust-Verordnung sowie die Beiträge von Eurojust zur Datenschutzreform aufmerksam verfolgt.

Unter der griechischen EU-Ratspräsidentschaft sandte die GKI am 31. Januar dem Präsidenten der griechischen Datenschutzbehörde und Seiner Exzellenz, dem Botschafter der ständigen Vertretung Griechenlands, ein Schreiben mit der Bitte, einige Bedenken hinsichtlich des vorgeschlagenen Kontrollsystems vorzutragen. In Übereinstimmung mit dem GKI-Standpunkt schrieb die Präsidentin von Eurojust an den Rat der EU-Arbeitsgruppe zur Zusammenarbeit in Strafsachen (COPEN)² am 26. März und betonte, dass bei einer praktikablen und maßgeschneiderten Datenschutzregelung die justizielle Dimension der Arbeit von Eurojust berücksichtigt werden müsse, und dass das aktuelle Kontrollsystem die justizielle Dimension der Arbeit von Eurojust sowie des Informationsaustauschs zwischen Eurojust und den Mitgliedsstaaten berücksichtige.

² 20130256 (COD), 8488/14, 04.04.2014.

Die GKI war mit dem Beitrag von Eurojust zur Diskussion über die Eurojust-Verordnung sehr zufrieden, insbesondere mit dem Kapitel zum Datenschutz, und brachte ihre Dankbarkeit über die von Eurojust geäußerte positive Sichtweise der Kontrolle durch die GKI zum Ausdruck.

Zweite Stellungnahme zur Datenschutzregelung im Vorschlag zur Eurojust-Verordnung

Als Antwort auf den am 13. November herausgebrachten aktualisierten Vorschlag zum Entwurf der Eurojust-Verordnung ließ die GKI am 1. Dezember³ ihre "Zweite Stellungnahme zur vorgeschlagenen Datenschutzregelung in der Eurojust-Verordnung" allen Akteuren zukommen. In dieser Stellungnahme arbeitete die GKI vier Kernpunkte heraus, die einen Einfluss auf die Aktivitäten sowie die Datenschutzregelung von Eurojust haben könnten: Die Kontrolle, die maßgeschneiderte Datenschutzregelung von Eurojust, die Ernennung von Datenschutzbeauftragten sowie das Recht auf Dateneinsicht Betroffener. Die GKI stellte fest, dass *"bestimmte Aspekte des ursprünglichen Entwurfs zur Eurojust-Verordnung sowie neu eingebrachte Änderungen erneut überdacht werden müssten, insbesondere solche, die sich auf das vorgeschlagene Kontrollmodell, auf spezifische maßgeschneiderte Datenschutzregeln sowie die Rechte Betroffener beziehen. Zugleich äußerte die GKI ihr Bedauern darüber, dass die italienische Präsidentschaft beschlossen hat, die Diskussion des Datenschutzbereichs zu vertagen, so dass er nun ausgespart und unter der kommenden Präsidentschaft behandelt wird"*.

5. Aufsichtstätigkeiten

In Übereinstimmung mit Artikel 7 des Akts der GKI⁴ hat die GKI in den vergangenen Jahren mehrere Inspektionen bei Eurojust durchgeführt. Im Jahre 2014 überwachte die GKI weiterhin die von Eurojust unternommene Umsetzung der Empfehlungen des letzten Inspektionsberichts von 2013 sowie jener aus der Inspektion der HR-Abteilung von 2012.

5.1. Nachbereitung der Inspektion von 2013

Als Reaktion auf den Inspektionsbericht legte das Eurojust-Kollegium der GKI am 18. September 2013 einen "Fahrplan" vor, in dem der Aktionsplan zur Umsetzung der im Bericht gegebenen Empfehlungen dargelegt wurde. Im Laufe des Jahres 2014 informierte Eurojust die GKI regelmäßig über den Stand der Umsetzung dieses Plans.

Vom 21. Oktober 2013 bis zum 21. April 2014 wurde ein Pilotprojekt zur Dateneingabe ins CMS durchgeführt, mit dem Ziel, mögliche Optionen zur Verbesserung der Dateneingabe ins CMS zu identifizieren und einen besser abgestimmten Ansatz zur Datenverarbeitung zu entwickeln. Drei nationale Tische nahmen an diesem Projekt teil. Zu den unmittelbaren Ergebnissen dieses Projekts gehörte ein "Beschluss zur Dateneingabe in das Fallbearbeitungssystem", der vom Eurojust-Kollegium am 17. Juni 2014 verabschiedet wurde. Außerdem verabschiedete das Kollegium von Eurojust die folgenden Richtlinien als Reaktion auf die Empfehlungen des Inspektionsberichts: Richtlinien zu Geheimhaltung und Offenlegung im Rahmen von Eurojust-

³ http://www.eurojust.europa.eu/doclibrary/Eurojust-framework/jsb/opinions/Second%20opinion%20about%20the%20data%20protection%20regime%20in%20the%20proposed%20Eurojust%20Regulation/SecondOpinionJSB_Draft-EJ-Regulation_2014-12-01_EN.pdf

⁴ "Im Rahmen ihrer Befugnisse und in Übereinstimmung mit Artikel 23(1) des Eurojust-Beschlusses kann die Gemeinsame Kontrollinstanz Datenschutzkontrollen bei Eurojust durchführen".

Koordinierungstreffen (vom Eurojust-Kollegium am 8. April 2014 verabschiedet) und Richtlinien zur Handhabung von Handbuchdateien (vom Eurojust-Kollegium am 7. Oktober 2014 verabschiedet).

Im Jahre 2014 wurde ein Entwurf für ein Verfahrenshandbuch erarbeitet, in dem Richtlinien zur Verfahrensharmonisierung bei der operativen Arbeit von Eurojust dargelegt werden. Er wurde der GKI bei der Plenarsitzung am 21. Juni überreicht.

Ebenso hat Eurojust die GKI über die Entwicklung technologischer Innovationen für das CMS zur Einhaltung von Artikel 19 der Datenschutzregeln⁵ informiert sowie darüber, dass diese zum nächsten Upgrade des CMS im Jahre 2015 dazugehört werden.

Die GKI brachte ihre Zufriedenheit mit den oben genannten Entwicklungen zum Ausdruck und begrüßte das Engagement und die Bemühungen von Eurojust, die Empfehlungen des Inspektionsberichts umzusetzen. In Vorbereitung ihres nächsten Inspektionsbesuchs im Januar 2015 bat die GKI Eurojust darum, einen vollständigen Überblick über den Stand der Umsetzung der Empfehlungen bereitzustellen.

5.2. Nachbereitung der Inspektion der HR-Abteilung in 2012

Die HR-Abteilung hat die GKI regelmäßig über den Fortschritt der sich aus dem Inspektionsbericht vom Februar 2012 ergebenden Empfehlungen informiert. Bei ihrer Sitzung am 19. Juni erhielt die GKI einen vollständigen Bericht über alle bisher durchgeführten Maßnahmen. Die GKI warf eine Frage zur Aufbewahrungsfrist von Entscheidungen gemäß Artikel 90 in den Personalakten der Mitarbeiter auf und richtete am 1. Juli ein Schreiben an Eurojust mit der Bitte um weitere Klärung zu diesem Thema für den Fall, dass die Sache vor dem Ombudsmann, dem Gerichtshof oder dem Rechnungshof angefochten würde. Eurojust antwortete am 28. August mit der Klarstellung, dass *„unbearbeitete Antworten gemäß Artikel 90 für einen Zeitraum von bis zu zwei Jahren aufbewahrt werden. Dies stellt den maximalen Zeitraum dar, während dessen Beschwerden an den Europäischen Ombudsmann gerichtet werden können. Jedoch kann diese Frist aus verwaltungstechnischen Gründen um maximal drei Monate verlängert werden, da von der rechtlichen Betreuung im Abstand von drei Monaten regelmäßige Überprüfungen dieser maximalen Aufbewahrungsfrist für individuelle Antworten gemäß Artikel 90 durchgeführt werden.“* Die GKI nahm diese Klarstellung mit Zufriedenheit zur Kenntnis.

Die GKI stellte fest, dass die meisten Empfehlungen des Inspektionsberichts umgesetzt wurden, jedoch würden manche im Zusammenhang mit Richtlinien stehenden Beschlüsse möglicherweise zusätzliche Zeit erfordern. Diese sollten im Jahre 2015 dann genau überwacht werden.

⁵ „Im Kontext der operativen Arbeit von Eurojust sollen Betroffene über die Verarbeitung ihrer Daten informiert werden, sobald klar ist, dass die Bereitstellung dieser Informationen keine negativen Auswirkungen auf folgende Aspekte hat: (a) die Erfüllung der Aufgaben von Eurojust zur Verstärkung des Kampfes gegen schwere Kriminalität; oder (b) nationale von Eurojust unterstützte Strafverfolgungsmaßnahmen; oder (c) eine Überprüfungs-, Inspektions- oder Regulierungsaufgabe, die, auch wenn nur gelegentlich, mit der Ausübung behördlicher Autorität in den unter Klausel (a) und (b) angeführten Fällen im Zusammenhang steht“.

6. Zusammenarbeit mit der Datenschutzbeauftragten von Eurojust

Gemäß Artikel 6(6) des Aktes der GKI arbeitete die GKI eng mit der Datenschutzbeauftragten von Eurojust zusammen, die Informationen aus dem Tagesgeschäft von Eurojust in Bezug auf Datenschutz zur Verfügung stellte.

In Übereinstimmung mit Artikel 27(1) der Datenschutzrichtlinien⁷ legte die Datenschutzbeauftragte der GKI im Dezember die 8. jährliche Datenschutzumfrage vor. Fünf nationale Tische und eine Verwaltungseinheit nahmen an der Umfrage teil. Die Datenschutzbeauftragte hob in ihren Ergebnissen insbesondere hervor, dass ein gesteigertes Bewusstsein für Artikel 19 der Datenschutzrichtlinien und dessen Anwendung auszumachen sei, was eine der Empfehlungen des GKI-Inspektionsberichts von 2013 gewesen ist. Die GKI wird die Erkenntnisse aus diesem Bericht als Basis für ihre Inspektion im Januar 2015 heranziehen.



Plenarsitzung im Juni 2014

7. IKT-Projekte

Die GKI erhielt von Eurojust regelmäßige Informationen über die laufenden Projekte im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT), bei denen personenbezogene Daten verarbeitet werden. Dazu gehörten:

- Die Verbindung von Eurojust mit dem Schengener Informationssystem;
- Änderungen am Fallbearbeitungssystem (CMS);
- Das Projekt sicherer Netzwerkverbindungen im Rahmen des Nationalen Eurojust-Koordinierungssystems(ENCS);
- die von Eurojust verwendeten elektronischen Softwareanwendungen für HR-Bewerbungen und HR-Rekrutierung;

⁶ "Die Gemeinsame Kontrollinstanz setzt sich im Bedarfsfall mit der Datenschutzbeauftragten von Eurojust in Verbindung".

⁷ "Die Datenschutzbeauftragte überwacht die Rechtmäßigkeit und Einhaltung der Bestimmungen des Eurojust-Beschlusses, der aktuell geltenden Verfahrensrichtlinien und aller anderen Richtlinien in Bezug auf die Verarbeitung personenbezogener Daten, die für Eurojust gelten. Zu diesem Zweck soll die Datenschutzbeauftragte [...] jährlich Umfragen über die Einhaltung der oben genannten Richtlinien durchführen."

-
- die Einführung eines e-REC-Systems (einer Softwareanwendung zur Unterstützung des Reporting über die Verwendung von HR und finanziellen Ressourcen sowie über das Erreichen bestimmter Indikatoren zur Unternehmensperformance durch Eurojust;
 - Sharepoint 2010.

8. Abkommen zwischen Eurojust und Drittstaaten/Organisationen

In Übereinstimmung mit Artikel 26(2) des Eurojust-Beschlusses⁸ wurde die GKI über Verhandlungen zwischen Eurojust und Drittstaaten/-parteien informiert, woraufhin sie Stellungnahmen zu den folgenden Abkommensentwürfen verfasste:

8.1. Stellungnahme zum Abkommen zwischen EBDD und Eurojust

Die GKI stimmte dem Entwurf zum Abkommen zwischen Eurojust und der Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (EBDD)⁹ am 20. Februar 2014 zu. Dabei äußerte die GKI ihre Zufriedenheit mit der Formulierung von Artikel 4 des Abkommens über *“den Informationsaustausch, der in Übereinstimmung mit den von der GKI bei früheren Gelegenheiten gegebenen Ratschlägen und Empfehlungen zu erfolgen hat”*.

8.2. Stellungnahme zum Abkommen zwischen Eurojust und FRA

Die GKI befürwortete den Entwurf zum Abkommen über die Zusammenarbeit zwischen Eurojust und der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) am 19. Juni 2014¹⁰ und brachte ihre Zufriedenheit mit der Formulierung des Artikels 4 zum Ausdruck, in dem es heißt, dass *“der in diesem Abkommen vereinbarte Austausch von Informationen und Erfahrungen nicht die Übermittlung operativer Informationen einschließen soll, einschließlich auf identifizierte oder identifizierbare Personen bezogener Daten.”* Diese Bestimmung stimmte mit den bei früheren Gelegenheiten gegebenen Ratschlägen und Empfehlungen seitens der GKI überein.

⁸ “[...] Solche Abkommen oder Arbeitsvereinbarungen dürfen nur abgeschlossen werden, nachdem die Gemeinsame Kontrollinstanz konsultiert wurde”.

⁹ [http://www.eurojust.europa.eu/doclibrary/Eurojust-framework/jsb/opinions/Opinion%20on%20the%20Memorandum%20of%20Understanding%20between%20EMCDDA%20and%20Eurojust%20\(2014\)/OpinionJSB_MoU-EMCDDA-Eurojust_2014-02-20.pdf](http://www.eurojust.europa.eu/doclibrary/Eurojust-framework/jsb/opinions/Opinion%20on%20the%20Memorandum%20of%20Understanding%20between%20EMCDDA%20and%20Eurojust%20(2014)/OpinionJSB_MoU-EMCDDA-Eurojust_2014-02-20.pdf)

¹⁰ http://www.eurojust.europa.eu/doclibrary/Eurojust-framework/jsb/opinions/Opinion%20on%20the%20Memorandum%20of%20Understanding%20between%20the%20Agency%20for%20Fundamental%20Rights%20and%20Eurojust.%202014/OpinionJSB_MoU-FRA-Eurojust_2014-06-19_EN.pdf

9. Rechte des Betroffenen

Gemäß Artikel 23(7) des Eurojust-Beschlusses¹¹ besteht eine der Aufgaben der GKI darin, an sie gerichtete Beschwerden in Übereinstimmung mit den Artikeln 19(9) und 20(2) des Eurojust-Beschlusses zu prüfen. Wenn die GKI eine von Eurojust getroffene Entscheidung im Zusammenhang mit Datenverarbeitung für nicht mit dem Eurojust-Beschluss kompatibel ansieht, hat sie die Angelegenheit an Eurojust zur Überarbeitung zurückzusenden. Entscheidungen der GKI sind für Eurojust endgültig und bindend.

9.1. Fallbezogene Beschwerden

Die GKI erhielt am 17. Juli eine Beschwerde eines Bürgers des Vereinigten Königreichs mit der Bitte um Zugang zu möglicherweise bei Eurojust gespeicherten personenbezogenen Daten. In Übereinstimmung mit Artikel 16(2) des Aktes der GKI¹² wurde diese Beschwerde an das Kollegium von Eurojust zur Kommentierung innerhalb von vier Wochen übermittelt. Die für die GKI vom Vereinigten Königreich benannte Person wurde ebenso eingeladen, als ad-hoc-Richter in dem Verfahren zu fungieren, wie es Artikel 12 des Aktes der GKI vorsieht¹³. Auf seiner Plenarsitzung am 16. September traf das Kollegium die Entscheidung, den Antragsteller darüber zu informieren, dass bei Eurojust keine Daten über den Antragsteller gespeichert seien, mit Ausnahme der im Zusammenhang mit der Beschwerde stehenden Daten. Die Datenschutzbeauftragte wurde gebeten, den Antragsteller über diese Entscheidung zu informieren. Die Datenschutzbeauftragte informierte den Antragsteller entsprechend am 19. September. Anschließend richtete die GKI am 14. Oktober ein Schreiben an den Antragsteller mit der Bestätigung, dass bei Eurojust keine personenbezogenen Daten gespeichert seien und der Erklärung, dass die GKI den Fall damit für abgeschlossen ansieht.

9.2. Nicht fallbezogene Beschwerden

Die GKI erhielt in diesem Jahr keine nicht fallbezogenen Beschwerden.

10. Stellungnahme der GKI zur Offenlegung der Namen der Auswahlausschussmitglieder

Am 12. August 2013 eröffnete der Ombudsmann eine Initiativuntersuchung¹⁴ der bei europäischen Behörden üblichen Praxis der Offenlegung der Namen der Auswahlausschussmitglieder. Der Ombudsmann bat Eurojust darum, seine am 16. Mai 2014¹⁵ herausgegebenen Richtlinien zur guten Praxis zu bestätigen, die darauf abzielen, Behörden zu helfen, ein angemessenes Gleichgewicht zwischen Transparenz und dem legitimen Bedarf an Geheimhaltung bei der Arbeit von Auswahlausschüssen sicherzustellen und dabei die Prinzipien des Datenschutzes zu wahren. Der Ombudsmann bat darum, über die von Eurojust unternommenen Anstrengungen zur Einhaltung dieser Richtlinien bis zum 31. Oktober 2014 informiert zu werden. Der Verwaltungsdirektor von Eurojust bat am 30. Juni 2014 die GKI um eine Stellungnahme in dieser Angelegenheit.

¹¹ "Die GKI hat die an sie gerichteten Beschwerden in Übereinstimmung mit den Artikeln 19(8) und 20(2) des Eurojust-Beschlusses zu prüfen".

¹² "Eine Abschrift der Beschwerdeschrift wird Eurojust übermittelt, damit es binnen vier Wochen hierzu Stellung nehmen kann; die Frist kann um zwei Wochen verlängert werden."

¹³ "Ist der Mitgliedsstaat, aus dem die personenbezogenen Daten stammen, die Gegenstand der Beschwerde sind, nicht mit einem Mitglied in der gemeinsamen Kontrollinstanz vertreten, so wird die von diesem Mitgliedsstaat gemäß Artikel 23 Absätze 1 bis 3 des Eurojust-Beschlusses benannte Person für die Dauer des betreffenden Beschwerdeverfahrens als Ad-hoc-Richter in der gemeinsamen Kontrollinstanz tätig".

¹⁴ OI/4/2013/CK.

¹⁵ <http://www.ombudsman.europa.eu/en/cases/correspondence.faces/en/54521/html.bookmark>

Die GKI gab ihre Stellungnahme am 13. Oktober 2014 ab und empfahl darin, die Richtlinien des Ombudsmanns zu bestätigen.

11. Zusammenarbeit von Eurojust und Europol auf GKI-Ebene

11.1. Menschenhandel

Die GKI von Europol bat die GKI von Eurojust um Mitarbeit bei einem Projekt, das ein gesteigertes Bewusstsein für die Wichtigkeit korrekter Benennung von Betroffenen im Zusammenhang mit dem Kampf gegen Menschenhandel erzeugen soll. Dieses Projekt zielt darauf ab, Strafverfolgungsbehörden über die praktischen Implikationen von Datenschutzprinzipien beim Kampf gegen Menschenhandel zu informieren. Es wurde beschlossen, diese Angelegenheit in der Ersten Sitzung der GKI im Januar 2015 zu besprechen und die Möglichkeiten für eine gemeinsame Tätigkeit auszuloten.

11.2. Stellungnahme zum Vorschlag einer Richtlinie zu Bitten von Europol um Gegenprüfung von Daten gegen alle im Fallbearbeitungssystem gespeicherten Daten

Am 12. November 2014 bat die Präsidentin des Kollegiums die GKI um eine Stellungnahme zum Vorschlag einer "Richtlinie zu Bitten von Europol um Gegenprüfung von Daten gegen alle im Fallbearbeitungssystem gespeicherten Daten". Am 2. November 2014 gab die GKI ihre befürwortende Stellungnahme zu dieser Richtlinie bekannt, in der Sie die Ansicht vertrat, dass der Richtlinienentwurf einem ausgewogenen Ansatz folgte und den Sicherungsanforderungen für den Datenschutz in vollem Umfang Rechnung trug.

12. Konferenzen der Datenschutzbeauftragten

Herr Campos Lobo vertrat die GKI bei der Europäischen Konferenz der Datenschutzbeauftragten am 5. Juni 2014 in Straßburg. Die GKI konnte an der diesjährigen Internationalen Konferenz von Datenschutzbeauftragten auf Mauritius aus Gründen von Budget-Einschränkungen nicht teilnehmen. Jedoch nahmen Herr Campos Lobo und Herr Tomesen als Vertreter ihrer eigenen, Portugiesischen bzw. Niederländischen, Datenschutzbehörden daran teil.

13. Transparenz

Die GKI strebt Offenheit und Transparenz in Bezug auf alle ihre Aktivitäten an. Die Kernpunkte ihrer Sitzungen, Stellungnahmen, Beschlüsse über Beschwerden sowie die jährlichen Tätigkeitsberichte sind alle auf ihrer Webseite veröffentlicht <http://www.eurojust.europa.eu/about/structure/jsb/Pages/independent-joint-supervisory-body.aspx>

14. Ausblick in die Zukunft

Im Januar 2015 wird die GKI einen Inspektionsbesuch bei Eurojust durchführen. Außerdem wird die GKI die Entwicklungen im Zusammenhang mit dem Entwurf der Eurojust-Verordnung genau verfolgen, insbesondere, welchen Einfluss das Kapitel über Datenschutz und über das Kontrollsystem auf die Zukunft haben wird.

Anhang 1: Benannte Personen der Gemeinsamen Kontrollinstanz 2014

Mitgliedsstaat	Benannte Person	Datum der Benennung
Belgien	Frau Nicole LEPOIVRE	09.01.2003
Bulgarien	Frau Pavlina PANOVA	04.07.2007
Tschechien	Herr Josef RAKOVSKÝ	14.04.2004
Dänemark	Frau Birgit KLEIS	27.03.2013
Deutschland	Herr Bertram SCHMITT	23.06.2009
Estland	Herr Pavel GONTŠAROV	25.10.2004
Irland	Herr Billy HAWKES	06.06.2005
Griechenland	Herr Ioannis ANGELIS	02.03.2012
Spanien	Herr José Luis RODRIGUEZ ÁLVAREZ	07.02.2012
Frankreich	Herr Jean-François BOHNERT Herr Frédéric BAAB	20.06.2014 11.06.2009 – 20.6.2014
Italien	Herr Alberto PIOLETTI	14.06.2010
Zypern	Herr Yiannos DANIELIDES	14.05.2012
Lettland	Frau Zane PĒTERSONE	27.09.2004
Litauen	Frau Laureta ULBIENĖ	31.05.2012
Luxemburg	Frau Lotty PRUSSEN	06.05.2002
Ungarn	Herr Tibor KATONA	23.06.2008
Malta	Herr Saviour CACHIA Herr Joseph EBEJER	25.03.2014 30.03.2009-25.03.2014
Niederlande	Herr Wilbert TOMESSEN	01.06.2012
Österreich	Herr Gerhard KURAS	06.02.2010
Polen	Herr Dariusz ŁUBOWSKI	26.05.2004
Portugal	Herr Carlos CAMPOS LOBO	01.04.2006
Rumänien	Frau Laura-Marina ANDREI	01.10.2007
Slowenien	Herr Rajko PIRNAT	23.03.2005
Slowakische Republik	Herr Dušan ĎURIAN	22.03.2012
Finnland	Frau Anne HEIMOLA	01.01.2008
Schweden	Herr Hans FRENNERED	01.07.2002
Vereinigtes Königreich	Herr Christopher GRAHAM	12.08.2009

Anhang 2: Publikationen

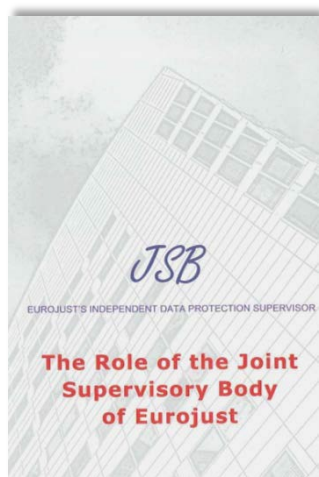
Die folgenden Publikationen können beim GKI-Sekretariat, Postfach 16183, 2500 BD Den Haag, Niederlande, E-Mail: jsb@eurojust.europa.eu, angefordert werden:



Die Broschüre *Datenschutz bei Eurojust*, in den Sprachen Englisch, Französisch, Deutsch und Spanisch erhältlich. Dank des von der EU finanzierten IPA-Projekts wurde diese Broschüre auch in die Sprachen Albaniens, Bosniens und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien übersetzt.



Faltblatt 1: *Ihre Rechte*, gedruckte Version in den Sprachen Englisch, Französisch, Deutsch und Spanisch erhältlich.



Faltblatt 2: *Die Rolle der Gemeinsamen Kontrollinstanz von Eurojust*, gedruckte Version in den Sprachen Englisch, Französisch, Deutsch und Spanisch erhältlich.